

Offener Brief an die SVP-ArbeitnehmerInnen-Vertreter im Südtiroler Landtag

Sehr geehrte Abgeordnete der SVP-ArbeitnehmerInnen zum Südtiroler Landtag,

als Autonome Gewerkschaftsorganisation Südtirols - AGO haben wir vor den Parlamentswahlen bereits einen offenen Brief mit dem Ersuchen an den Landeshauptmann gerichtet, die Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst innerhalb des ersten Halbjahres 2018 zu beginnen. Leider wurde unser Anliegen vom Landeshauptmann ignoriert. Interessanterweise teilt der Landeshauptmann im Zusammenhang mit der KVV-Landesversammlung jetzt mit, dass der Aufschwung in der Südtiroler Wirtschaft auch für die Arbeiter und Angestellten spürbar sein müsse. Diese Aussagen werten wir als sehr populistisch, denn öffentlich eine solche Mitteilung aussenden und nichts dafür unternehmen, finden wir unangebracht wenn nicht sogar irreführend.

Tatsache ist, dass die übergroße Mehrheit der öffentlich Bediensteten in Südtirol mit ihrer Entlohnung seit der widerrechtlichen Einfrierung der Gehälter durch Ministerpräsident Monti stets hinter der Teuerungsrate zurückgeblieben ist, weshalb der Kaufkraftverlust noch weiter ansteigt.

Da im Herbst dieses Jahres wieder Landtagswahlen in Südtirol anstehen, wollen wir als Autonome Gewerkschaftsorganisation konkrete Verpflichtungen zur zukünftigen Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst Südtirols. Dementsprechend ersuchen wir auch Sie als sogenannte SVP-ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen um eine verbindliche Zusicherung, dass die Gehaltsverhandlungen für den Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag im öffentlichen Dienst noch in der ersten Jahreshälfte 2018 begonnen werden. Interessanterweise werden nun dringend Bereichsverträge für die Führungskräfte in Angriff genommen, während die Mehrheit der öffentlich Bediensteten weiterhin zuwarten soll. Wir können diese Vorgangsweise sicherlich nicht teilen noch gutheißen. Es klingt dabei wie Hohn, wenn günstigere staatliche Bestimmungen wie z.B. die 4+1 Tage an obligatorischem Vaterschaftsurlaub in Südtirol nicht angewandt werden. So hat eine Südtiroler Großgemeinde einem Bediensteten sogar eine Disziplinarstrafe verhängt, weil er bei der Geburt seines Kindes verspätet zur Arbeit erschienen ist. Sind wir mit unserer Familienförderung schon so weit gekommen?!

Sollten wir innerhalb Mai 2018 keine entsprechende schriftliche Zusicherung für den Beginn der Gehaltsverhandlungen und somit für die zukünftige Sicherstellung unserer Kaufkraft erhalten, werden wir zu den Landtagswahlen eine gezielte Protestaktion gegen die Südtiroler Regierungsparteien im Landtag starten.

In Erwartung einer Rückantwort grüßt Sie freundlich

Der AGO-Landesvorsitzende Dr. Andreas Unterkircher

Kontakt: andreas.unterkircher@ago-bz.org, Tel. 335 6902375